



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Preußische Briefe.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Preussische Briefe.

Achter Brief.

Berlin, den 12. April 1849.

Die deutsche Frage in den preussischen Kammern.

Herr v. Meusebach hatte neulich in der zweiten Kammer die Kühnheit zu behaupten, er wittere schon den Leichengeruch, der auch der neuen Versammlung ihr nahe bevorstehendes Schicksal verkündige. So widerwärtig das Hässliche dieser Bemerkung klingt, so drängt sich doch eine ähnliche jedem auf, der ohne Vorurtheil beobachtet. So bedeutend die Kräfte diesmal sind, die sich in dem Sommerlocal des Dönhofplatzes zusammendrängen, die Lebensfähigkeit eines organischen Ganzen geht ihnen ab: nachdem sie den ersten großen Schritt gethan haben, den das preussische Volk von ihnen erwartete, die Anerkennung der octroyirten Verfassung, hat die Parteibildung eine so anomale Form angenommen, daß es unmöglich scheint, sie zu einem bestimmt formulirten Beschluß zu vereinigen. Die Sitzung vom 5. April gab ein trauriges Bild dieser krankhaften Entwicklung. Wenn ein Ereigniß, wie die Kaiserwahl und die dadurch hervorgerufene Erklärung der Krone nicht im Stande sind, die Versammlung zu elektrisiren, so wird es schwer, von irgend einer neuen Wendung dieses productiven Lebenselement zu erwarten, das den bisher nur mechanisch verbundenen Gliedern eine Seele einhaucht.

Die Redner der reactionären Partei verstehen freilich die Lebensfähigkeit einer Versammlung anders als wir. Der Tod, den sie wittern, ist nicht die natürliche Auflösung, sondern das Ende eines blutigen Conflicts. Sie sehen namentlich in der zweiten Kammer eine übelgesinnte Opposition gegen die weisen Beschlüsse der Regierung, und glauben noch an die Militärgewalt, sie werde hinreichen, den Trotz eines unberechtigten Widerstandes zu brechen. Sie täuschen sich, denn die jetzige Versammlung ist nicht mehr der Ausdruck der Revolution, der man im äußersten Fall durch eine Contrerevolution begegnet, sondern es ist das gesetzliche Organ der öffentlichen Meinung. Der Kampf gegen eine revolutionäre Gewalt ist, wenn er glücklich ausgeht, eine „rettende That;“ die Verletzung der Verfas-

fung dagegen unter allen Umständen ein Verbrechen, das verderblich auf seine Urheber zurückfällt. Sollte es die Krone in der That versuchen wollen, im Gegensatz gegen die Vertreter der Nation zu regieren — eine Ansicht, die bisher nur von den äußersten Fractionen beider Seiten ihr untergelegt ist, — so würde damit mehr als die Existenz selbst des preussischen Staats in Frage gestellt sein.

Ich finde die Lebensfähigkeit eines constitutionellen Staatskörpers darin, daß er einmal in der That die öffentliche Meinung des Landes ausdrückt, und daß er ferner so gegliedert ist, diese öffentliche Meinung auf eine bestimmte Weise formuliren zu können. Das letztere hat die zweite Kammer — von ihr ist eigentlich nur die Rede — bisher nicht vermocht, und der lächerliche Ausgang der Sitzung vom 5. April, in welcher über die in der deutschen Frage zu erlassende Adresse zuerst die einfache, dann sämtliche motivirten Tagesordnungen verworfen, und endlich die Frage, ob denn überhaupt eine Adresse erlassen werden sollte, gleichfalls verneint wurde, spricht nicht sehr für die Möglichkeit, in der Zukunft etwas Besseres zu hoffen. Um dies zu übersehn, vergegenwärtigen wir uns die bisherige Parteilstellung.

Durch die Auflösung der constituirenden Versammlung und die octroyirte Verfassung war zwischen den ehemaligen Volksvertretern und der Regierung ein Rechtsconflict eingetreten, welchen, da kein Gerichtshof für denselben constituirt war, nur die neue Volksvertretung entscheiden konnte. Darum hatten sich die verschiedenen Fractionen in zwei bestimmt entgegengesetzte Heerlager gesondert, in die Anhänger der aufgelösten Constituante und in die Anhänger der Regierung — was nach den letzten Schritten der Steuerverweigerer fast so viel hieß, als Anhänger der Krone. Die Wahlen waren so ausgefallen, daß beide Parteien ungefähr gleichmäßig vertreten waren, mit einem geringen Uebergewicht auf Seiten der Rechten. Sofort nach dem Zusammentritt der Kammern wurden sie auf eine ziemlich militärische Weise disciplinirt. Die Mitglieder der rechten Seite unterzeichneten das Programm des Freiherrn v. Vincke, das zwei Punkte enthielt: die Verpflichtung, für die Rechtsgiltigkeit der Verfassung zu stimmen, und die verfassungsmäßige Revision nur im constitutionell monarchischen Sinne auszuüben. Da der zweite Punkt einen Begriff von ziemlich breitem Umfang enthielt und überdies sich auf eine weitaussehende Thätigkeit bezog, so hatte unmittelbare Wichtigkeit nur der zweite Punkt, und mit der Erledigung desselben durch die Adreßdebatte — die sonst nur eine chronische Krankheit des constitutionellen Lebens ist, diesmal von unermesslicher Wichtigkeit, weil sie die Grundvesten des neuen Staatslebens aufbauen sollte — hörte factisch die Coalition der rechten Seite auf und die künstlich zusammengehaltenen Elemente schieden sich nach ihrer natürlichen Beschaffenheit.

Die Consistenz der linken Seite war nur scheinbar fester. Sie war durch das Band einer gemeinsamen Geschichte zusammengehalten, sie hatten gemeinsam

intrigüirt und gelitten. Sie hatten den Vortheil vor der Rechten, wenigstens gegen das jetzige Ministerium eine compacte Opposition zu bilden, während die Rechte selber nicht recht wußte, ob sie ministeriell sei; aber sie unterschieden sich auch in eine wenigstens der Anlage dynastische und in eine radicale Opposition. So lange die Debatte im Ideellen spielte, konnten sie sich verständigen; in bestimmten Fragen mußten sie auseinandergehen. Die Scheidung der Kammer in vier große Massen lag in der Natur der Sache; die deutsche Frage war nur die äußerliche Veranlassung, sie hervortreten zu lassen. Diese vier Fractionen haben folgende Bestandtheile.

Die Rechte, mit welcher ungefähr die größere Hälfte der ersten Kammer Hand in Hand geht, repräsentirt das alte Preußenthum. Das ist freilich auch ein ziemlich complicirter Begriff. Man darf nur zwei Männer wie Oberst Griesheim und den Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit einander vergleichen, um sich über die in dieser Partei gebundenen Unterschiede ins Klare zu setzen. Der erste trat nach dem Schuldungsrescript im August v. J. in der bekannten Broschüre, welche ganz Deutschland in Harnisch brachte, mit aller Derbheit des Altenpreussischen Preußenthums dem anscheinenden Uebergewicht Oestreichs in dem neuen Bundesstaat entgegen, während Graf Arnim, in den Traditionen der Metternich'schen Politik groß gewachsen, am liebsten den Staat in die Bahn zurückzuschrauben möchte, welche Herr v. Ussedom in seiner Charakteristik des vorigen Königs vortrefflich schildert*): „Ich weiß, daß die übertriebene Hingabe an das östreichische System in der hohen Politik, in den preussischen wie in den deutschen Fragen Deutschland und uns unbefreiblichen Schaden gethan hat, weil es den gebildeten, fortschreitenden Theil der Nation so sehr gegen die Regierung empörte. Sich und seine eigenen Staatsmänner hielt der König in Fragen der europäischen Politik kaum für competent; in allen Dingen mußte Wien gefragt werden: dort verstehe man das am besten und eitle Sonderpolitik solle Preußen nicht machen. Daher denn dieses stete Bedürfniß des Anlehens, daher bei aller Einsicht und Tüchtigkeit der Staatsmänner doch diese Scheu und Ungewohntheit zu handeln, die in Berlin vorherrschte und zumal bei so großen materiellen Kräften sonst unerklärlich wäre.“ Ich muß gestehn, daß diese östreichische Partei sich aus sehr begreiflichen Gründen in der letzten Zeit aus den Reihen derer recrutirt hat, denen man sonst eine übertriebene schwarzweiße Gesinnung zuschreiben möchte. Der gemeinsame Haß gegen die Revolution überwindet auch die dynastischen Antipathien. Oestreich hat zunächst in seinem eignen Staat durch starke Militärgewalt die Revolution unterdrückt, es hat sich in einem auswärtigen Kriege, der wenigstens indirect gegen die Revolution geführt wurde, mit Lorbeeren bedeckt; es hat

*) „Politische Briefe und Charakteristiken aus der Deutschen Gegenwart.“ Berlin, W. & erg. Wir kommen auf dies vortreffliche Werk noch einmal zurück.

dem seinem Ursprunge nach revolutionären Frankfurt die souveräne Ironie der Metternich'schen Schule entgegenesetzt. In dem Conflict nun zwischen dem Wunsch, das eigne Herrscherhaus zu ehren und über alle andern zu erhöhen, und der Abneigung, aus unreiner Hand diese Ehren zu empfangen, sucht man sich durch verschiedene Mittelwege zu helfen. So consequent, wie die Neue Preussische, welche den Abgeordneten der Paulskirche für die Dreistigkeit, dem König eine Krone anbieten zu wollen, die nur von Gottes Gnaden gedeiht, gern einige Fußtritte versetzen möchte, sind wohl wenige, zum mindesten drücken sie sich diplomatisch aus. Sie wagen es auch nicht recht, die neue Gestaltung der Dinge, wenn man den österreichischen Projecten nachkäme und dadurch Preußen seiner welthistorischen Bedeutung beraubte, näher ins Auge zu fassen; sie begnügen sich in der Regel mit allgemeinen Declamationen gegen das Gift der revolutionären Gesinnung.

Die Doctrinärs der Haller'schen Schule und die bekannten Politiker der Wilhelmstraße geben der Partei die eigentliche Färbung. In der ersten Kammer sind ihre Koryphäen: die Stahl, die Bethmann-Hollweg, die Gerlach, die auch mit aller Dreistigkeit eines einseitigen Doctrinarismus den modernen Principien zu Leibe gehn. Es ist zu bedauern, daß Stahl nicht der zweiten Kammer angehört; er würde mit seiner Eleganz, der Festigkeit seiner Ueberzeugungen und seiner Kühnheit ein heilsames Gegengewicht gegen die Redner der äußersten Linken bilden. An eigentlichen Talenten fehlt es dieser Partei; von Professor Keller hatte man viel erwartet, aber er ist noch nicht hervorgetreten. Eben so wenig ist es den Regierungsräthen Stiehl und Ellwanger, von denen der erste in den Wahlversammlungen bedeutendes Aufsehn gemacht hatte, gelungen, mit ihrer Gottseligkeit das unruhige Publikum zu erbauen. Die pommerschen Aristokraten, Bismark-Schönhäusen, Kleist-Nezow u. s. w. sind wohl geeignet, den Gegnern von Zeit zu Zeit heilsame Grobheiten entgegenzuwerfen, aber sie stehen den Ideen der neuen Zeit zu fern, als daß sie einen wesentlichen Einfluß auf dieselbe ausüben könnten. Dasselbe muß ich von Bodelschwingh sagen; menschlich betrachtet, gewinnt man ihn lieb bei näherer Bekanntschaft, aber von der staatsmännischen Haltung dieser tapfern Offiziere, denen der alte preussische Staat seine Portefeuilles anvertraute, ist nicht viel zu rühmen.

Der eigentliche Führer der Partei, die bis jetzt noch mit dem rechten Centrum gemeinsame Parteiversammlungen gehabt hat, die sich aber wohl in den nächsten Tagen unabhängig constituiren wird, ist Graf Arnim-Boitzenburg. Wäre er jetzt Minister, so würden wir wenigstens nicht täglich das klägliche Schauspiel erleben, daß die Regierung lediglich von der Gnade ihrer Freunde und von der Geduld ihrer Feinde lebt. Für die Zukunft ist er aber wohl unmöglich. Diese feinen, vornehmen Edelleute sind doch tiefer in die alten Ideen verrannt, als ich geglaubt habe.

Das rechte Centrum — wir wollen den Namen beibehalten — enthält die alte ständische Opposition aus der Aristokratie und dem Bürgerstande und steht mit der Frankfurter Weidenbuschpartei, wie mit den Liberalen der ersten Kammer unter Graf Dyrn in Verbindung. Sie hat nach der Revolution zwei Ministerien gebildet, aber nicht zum besondern Ruhm der Partei. Nachdem sich Pfuell unmöglich gemacht hatte, war von einem dritten die Rede, einem Ministerium Beckerath; es kam nicht zu Stande. Gegenwärtig ist die bedeutendste Persönlichkeit dieser Partei, Vincke, auch ihr anerkannter Führer, er ist aber den Schwachen und Halben, die sich in diesen Reihen nicht selten finden, zu schroff, und ob er als Minister die erforderliche Haltung bewahren würde, läßt sich nach seinen beständigen Scharmützeln mit der Linken bezweifeln. Er war es, der die Organisation der rechten Seite leitete; er hat sie auch aufgelöst durch sein entschiednes Auftreten in der deutschen Frage. Für jetzt hat er nur einen sehr geringen Anhang, Schwerin ist in dieser Frage entschieden zur Rechten übergetreten, es ist, wie ich glaube, nur die Partei Harkort, die mit Vincke hält.

Der Natur der Sache nach, schien diese Partei bei einem etwaigen Rücktritt des Ministeriums Brandenburg zunächst geeignet, an die Spitze der Verwaltung berufen zu werden. Wäre die deutsche Angelegenheit erledigt, so hätte Gagern mit seiner mächtigen Persönlichkeit der Partei in der Regierung einen Halt gegeben. Man sprach von einer Combination Gagern — Beckerath — Camphausen — Vincke. Wie die Sachen jetzt stehen, ist davon vorläufig wenigstens keine Rede mehr.

In den Bänken des linken Centrums sind aber die Aussichten nicht besser. Geseht, die Krone käme in die Lage, die Antecedentien dieser Partei vergessen zu können, sie beauftragte z. B. Hr. v. Unruh mit der Bildung eines neuen Ministeriums, so würde dieses muthmaßlich ebensowohl die eigentliche Linke als die gesammte Rechte gegen sich haben, da eine Coalition mit dem rechten Centrum nach den gehässigen Scenen der letzten Tage weniger Wahrscheinlichkeit für sich hat als je. Die Krone verlöre das Militär und den größern Theil der Bureaokratie, und ich sehe nicht, was sie eigentlich gewönne. Außerdem würden die Persönlichkeiten, die sich in der Opposition gut genug ansahen, im Gouvernement sehr schnell verbraucht sein; der einzige Mann von bedeutenden Fähigkeiten auf dieser Seite ist Hr. v. Kirchmann; bei seiner entschieden praktischen Richtung würde er sich auch schnell hineinfinden und den Radicalen ebenso gegenüberstehen als irgend einer der frühern Minister. Herr Rodbertus würde vom Ministertisch aus der Versammlung nicht lange imponiren, und einen abstracten Mandaleur wie Hr. v. Berg an der Spitze des preussischen Staats zu sehn, schon der Gedanke ist eine Trivolität.

Die Stellung der äußersten Linken — die übrigens an Zahl das linke Centrum bei Weitem überbietet, ist ungleich günstiger als die ihrer gemäßigten Ver-

bündeten. Die Methode ihres Verfahrens ist höchst einfach. Wenn ein Redner der Rechten auftritt, so zischt sie, bei passenden Gelegenheiten ruft sie „Pfui!“ und hat beständig ein ironisches Ansehn. Sie stimmt gegen Alles und ihre Anträge sind mehr negativer Natur, ungefähr so: „In Anbetracht, daß Alles, was hier geschieht, unter der Kritik ist, tragen wir darauf an, daß es gleichgiltig ist, was geschieht.“ Sie hat sich durch einige bedeutende Talente recrutirt, namentlich Besendonck und Kinkel, und steht mit der äußersten Linken in Frankfurt, sowie mit sämmtlichen demokratischen Vereinen in Rapport.

So findet jede der großen Parteien ein verwandtes Organ in der Paulskirche, mit Ausnahme des linken Centrums, das überhaupt eine mehr persönliche als principielle Berechtigung hat. Es würde schwer sein, die Nothwendigkeit dieser Partei zu erweisen.

Erwägen wir diesen Parteien gegenüber, die Stellung des Ministeriums und zwar, worauf es uns hier zunächst ankommt, in der deutschen Frage.

Der erste bedeutende Schritt war die Note vom 23. Januar. Man hat diese Note je nach dem Parteistandpunkt verschieden aufgefaßt, man hat die Anerkennung des Gagernschen Programms ebenso wie das Gegentheil darin gesucht. Noch in den letzten Sitzungen erklärte Hr. v. Vinke für einen Ausfluß echtdeutscher Politik, die durch die spätern Schritte der Regierung verleugnet werde, während Hr. Rodbertus in ihr nichts sah, als die Schilderhebung des Particularismus gegen die Einheit Deutschlands, mit dem das spätere Verfahren im besten Einklang stünde. Man wird diese entgegengesetzten Ansichten begreiflich finden, wenn man erwägt, daß das Gagernsche Programm zwei Seiten hatte. Es fußte einerseits auf der Anerkennung der factischen Verhältnisse, darum sprach es die Ausscheidung Oestreichs aus dem zu gründenden engeren Bundesstaat aus, nicht aus staatsrechtlichen Gründen, sondern in Betracht der innern Nothwendigkeit; — andererseits aber auf dem Idealismus der deutschen Nation und der Berechtigung des Ausdrucks, den dieselbe für ihre Souveränität gewonnen hatte. Diesen innern Widerspruch werden auch die wärmsten Anhänger der Gagernschen Politik nicht wegleugnen können. Kraft der Souveränität der deutschen Nation sollte die Nationalversammlung ein politisches System beschließen, welches von der Unmöglichkeit ausging, die ideelle Einheit Deutschlands in's Leben zu rufen.

Die Oestreichische Regierung, die bis dahin das Werk der Nationalversammlung ruhig hatte fortgehen lassen, so lange sie hoffen durfte, es zu ihren Zwecken auszubenten, legte gegen diese neue Wendung Protest ein, und knüpfte zugleich mit dem preußischen Cabinet Unterhandlungen an, die darauf hinausliefen, ohne irgend welche Berücksichtigung der bisherigen nationalen Bestrebungen kraft der Fürstensouveränität für Deutschland eine Staatsform zu finden, in welcher das Volk in die alte vormärzliche Stellung zurückgeschoben, die dynastischen Verhält-

nisse aber ganz zu Gunsten Oestreichs und zum Nachtheil Preußens regulirt werden sollten. Wenn daher die preussische Regierung entschieden gegen jenes Project auftrat, so wurde sie dazu nicht bloß durch ihre deutsche Gesinnung bestimmt, sondern auch durch das eigne Interesse.

Die Note vom 23. Januar trat insofern auf Seite des Bagerschen Programms, als sie dem oestreichischen Protest gegenüber das Recht eines Theils von Deutschland, sich zu einem engeren Staatsverbande zu consolidiren, in Anspruch nahm und diesen Anspruch durch das Gewicht des preussischen Gegens unterstützte. Daß man sich in Oestreich darüber nicht täuschte, zeigt der erbitterte Ton der gleich darauf erlassenen Gegennote.

In einem andern, sehr wichtigen Punkt ging sie dagegen auf das Bagersche Programm nicht ein. Das Reichsministerium betrachtete die neue Verfassung auch nach dem Ausschluß Oestreichs für nichts weiter, als eine durch die gesetzlichen Gewalten vollzogene Reform des deutschen Bundes, respective des heiligen römischen Reichs deutscher Nation. Der Bundestag hatte sich aufgelöst und seine Macht der aus der Nationalversammlung hervorgegangenen Centralgewalt übergeben; die Beschlüsse derselben sollten daher für ganz Deutschland gesetzliche Geltung haben.

Die preussische Note dagegen ging von der Ansicht aus, daß der projectirte Bundesstaat nicht eine bloße Reform des alten Bundes, sondern etwas wesentlich Neues sein sollte, etwa wie es der Zollverein gewesen war. Das Zustandekommen desselben hinge von dem freiwilligen Entschlusse der einzelnen deutschen Staaten ab, welche souverän seien, soweit die Souveränität nicht durch die Wiener Bundesacte beschränkt war. Sie war — Oestreich gegenüber — der Ansicht, daß gegen das Recht der Staaten, in eine solche engere Verbindung zu treten, in jener Acte Nichts präjudicirt sei; aber sie betrachtete den Entwurf der Nationalversammlung rechtlich nur als Vorlage, über welche sich dann die Staaten zu vereinbaren hätten. Wenn sie aus Zweckmäßigkeitsgründen der Paulskirche das letzte Wort in der Entscheidung der deutschen Verfassung zu gönnen schienen, und die befreundeten Staaten, welche von einem ähnlichen Gesichtspunkte ausgingen, aufforderte, vor diesem letzten Wort ihre Bedenken, Wünsche u. s. w. der Nationalversammlung vorzulegen und zur Berücksichtigung zu empfehlen, so änderte das an der Rechtsfrage nichts. Es war ein wichtiger Schritt, daß eine große Anzahl deutscher Regierungen sich mit Preußen zu gleichlautenden Bemerkungen vereinigte, und es war ein sträflicher Leichtsinne von Seiten der deutschen Nationalversammlung, daß sie diesen Bemerkungen so wenig Aufmerksamkeit hat angedeihen lassen.

Es war ein Fehler von Seiten der Weidenbusch-Partei, daß sie zu starrsinnig auf der äußern Form der deutschen Einheit, auf dem Erbkaisertum bestand, welches die Preussische Note ablehnte: es war ein Fehler, aber nicht ein zufälliger, er lag im Princip. Durch den Kaisertitel war der Zusammenhang mit der alten Geschichte

des Reichs erhalten und die Einheit in dem Sinn genommen, daß von Seiten des Reichs die bisherigen politischen Organisationen, Preußen nicht ausgeschlossen, absorbiert werden sollten. Hätte man diese Idee aufgegeben, so wäre nicht allein der Widerstand der vier deutschen Königreiche ein geringerer gewesen — denn die Eitelkeit und das Vorurtheil thut in solchen Dingen mehr als der gesunde Menschenverstand — sondern auch Preußen hätte sich mit leichterem Herzen auf eine Würde einlassen können, die nicht allein den König, sondern den ganzen Staat betraf.

Die neue Constituirung Oestreichs weckte bei allen Patrioten, denen nicht, wie den Radicalen, vorzugsweise daran lag, daß nichts zu Stande käme, die schmerzliche Ueberzeugung, daß auf Oestreich in dem neuen Bundesstaat nun definitiv nicht weiter zu rechnen sei. Daher der Welcker'sche Antrag, die von der Commission revidirte Verfassung en bloc anzunehmen, und den König von Preußen zum Kaiser auszurufen.

Unter diesen Umständen war die preussische Note vom 10. März allerdings eine Monstrosität, um so mehr, wenn man den Eintritt des österreichisch gesinnten Grafen Arnim-Heinrichsdorf damit in Verbindung brachte. Der Antrag Oestreichs, die ganze projectirte deutsche Verfassung auf einen erweiterten Bundestag zu beschränken, zu welchem Oestreich die größere, das übrige Deutschland die kleinere Hälfte der Mitglieder stellen sollte, war, gelinde gesagt, eine Unverschämtheit, und auf dieses Ansinnen „freudig“ und „mit großer Genugthuung“ zu antworten, ist das Stärkste, was sich bis dahin die Diplomatie hat zu Schulden kommen lassen. Es verbreitete sich mit Blitzesschnelle in Deutschland die Ueberzeugung, daß das preussische Cabinet mit Oestreich heimlich im engsten Einverständnis sei; der Welcker'sche Antrag fiel, das Ministerium Gagern legte sein Amt nieder, und zur großen Befriedigung der Oestreicher, die zuletzt mit einem sehr unrühmlichen Eifer ihre Thätigkeit darauf beschränkt hatten, alle unvernünftigen Anträge der Linken zu unterstützen, um jede Art der Vereinigung zu hintertreiben, schien die Auflösung der Nationalversammlung durch die wiedererstarzten Fürsten in nächster Aussicht zu stehen.

Unter diesen Umständen machte die deutsche Partei in Frankfurt wie in Berlin den letzten Versuch. In Frankfurt schloß sie einen Compromiß mit dem patriotischen Theil der Linken; sie ließ mehrere wichtige Punkte fallen, und verpflichtete sich, an der so zu Stande gekommenen Verfassung keine Abänderung zu dulden, von welcher Seite her sie auch versucht werden sollte. Nachdem so die Brücken abgebrochen waren, wurde das Erbkaisertum mit einer sehr geringen Stimmenmehrheit angenommen, die Wahl des Königs von Preußen mit einer etwas größeren vollzogen. Der Reichsverweser legte sein Amt nieder, die österreichische Regierung fing jetzt ernsthaft an, auf Abberufung ihrer Deputirten zu denken.

So wandten sich nun die Augen der gesammten Nation nach Berlin, wohin

die Deputation der Nationalversammlung sich ziemlich langsam begab, wahrscheinlich, um der Krone Zeit zum Entschluß zu lassen. Die beiden Kammern nahmen Veranlassung, zum zweiten Mal mit einer Adresse dem Thron zu nahen. Die vier Parteien brachten verschiedene Entwürfe vor, allein die Anträge der beiden Centren waren wenigstens in den wesentlichen Punkten übereinstimmend: der König solle die Wahl annehmen, und da dieselbe nur auf Grund der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung erfolgt sei, diese Verfassung gleichfalls anerkennen; etwaige Uebelstände derselben würde die verfassungsmäßige Revision der neuen gesetzgebenden Körperschaften beseitigen. Uebrigens könne nicht davon die Rede sein, irgend einen einzelnen Staat mit Waffengewalt zum Beitritt zu zwingen; man müsse das der Gewalt der öffentlichen Meinung überlassen. In der Kritik des bisherigen Verfahrens der Regierung unterschied sich das rechte vom linken Centrum dadurch, daß Vincke erst in der neuesten Note, Rodbertus dagegen in sämtlichen Schritten des Ministeriums einen reactionären Geist zu erkennen glaubte; der Unterschied war aber nicht principiell, er bezog sich nur auf das Urtheil über eine historische Thatsache.

Die allgemeine Meinung war diese. Der König würde annehmen, mit dem Vorbehalt, daß die Verfassung, so wie die in derselben begründete Centralgewalt sich nur über diejenigen Staaten erstrecken dürfe, welche sich freiwillig fügten; er werde aus demselben Grunde die Kaiserwürde ablehnen, und einen bescheidneren Titel in Anspruch nehmen. Mit diesem Bescheid wäre die Frankfurter Deputation im Ganzen zufrieden gewesen.

In der Verfassung finde ich eigentlich nur zwei Punkte, die ein erhebliches Bedenken erregen. Auf das suspensive Veto und die Abschaffung des Reichsraths lege ich gar kein Gewicht; selbst die Bestimmung der allgemeinen Wahlen ist von der Art, daß man sich ihr kaum wird entziehen können. Bedenklich ist aber erstens die Zusammensetzung des Staatenhauses, die zum Nachtheil Preussens die süddeutschen Staaten ohne irgend einen Rechtsgrund begünstigt, und die einer verständigen Revision der Verfassung unendliche Schwierigkeiten in den Weg legt. Zweitens die Bestimmung, nach welcher alle Staaten des bisherigen deutschen Bundes zum Reich gehören sollen: eine indirekte Kriegserklärung gegen Oestreich, vielleicht auch gegen Baiern und Sachsen.

Auf die Antwort, welche der König gab, war aber Niemand gefaßt. Sie trägt zu sehr den Stempel einer bestimmten Persönlichkeit, als daß man ihren Ursprung anderswo suchen sollte; das thut aber nichts zur Sache, da die Minister, was sich eigentlich in einem constitutionellen Staat von selbst versteht, die Verantwortlichkeit dieser Rede übernommen haben. Noch schlimmer wurde der Eindruck der Rede durch die Privatgespräche des Königs mit einzelnen der Deputirten; durch die etwas bruske Antwort des Ministeriums auf die Erklärung der Deputirten, sie nähmen die Antwort des Königs für eine Ablehnung, endlich

durch die gleich darauf bekannt gemachte Circulardepesche an die deutschen Regierungen.

Was war eigentlich der Sinn der königlichen Antwort?

Der einzige Rechtstitel der Kaiserwürde, die auf Grund der Verfassung vollzogene Wahl, wurde nicht anerkannt, dagegen die Geneigtheit ausgedrückt, für Deutschland alle möglichen Opfer zu bringen, und zwar am liebsten in der Form, wie die Nationalversammlung sie vorgesehn hatte. Die Ausnahme der Wahl wurde abhängig gemacht nicht nur von der Einwilligung der Fürsten, wobei gar nicht einmal gesagt war, ob alle gemeint wären oder nur die Majorität, sondern auch von einem Gutachten derselben über den Inhalt der Verfassung.

Preußen entzog sich dem Beruf, die Revolution dadurch zu beendigen, daß es sie fertig in seine Hände nahm. Es hatte weder den Muth, sich ihrer entschieden zu bemächtigen, noch die Resignation, ebenso entschieden ihre Früchte von sich zu werfen und dem abstrakten Rechtsprincip zu huldigen.

Eine Erklärung der Kammern mußte von unermesslicher Wichtigkeit sein. Die legitimistische Partei und einzelne Männer, die aus Nützlichkeitsrückichten dagegen waren, daß sich Preußen überhaupt der deutschen Sache annahm, wie z. B. Hansemann, suchten eine solche Erklärung dadurch zu hintertreiben, daß sie es für unconstitutionell ausgaben, in einer Sache, welche die Person des Königs allein anginge, demselben eine Meinung aufdrängen zu wollen. Die Wichtigkeit dieses Grundes springt in die Augen. Friedrich Wilhelm IV. ist nicht seiner Persönlichkeit wegen, sondern als König von Preußen gewählt, und von seiner Erklärung hängen nicht nur die Geschicke Deutschlands ab, von welchem die preussischen Kammern einen so mächtigen Theil repräsentiren, sondern auch geradezu die Existenz des preussischen Staats. Selbst die Minister hatten es gar nicht versucht, sich hinter diesen Vorwand zu verschanzten.

Aber die Kammern waren leider eben so unfähig, den großen Moment groß zu erfassen und in der erhöhten Stimmung eines folgereichen Entschlusses die kleinsten Verhältnisse, in denen sie sich sonst bewegten, von sich abzustreifen. In die ernsthaften Berathungen über eine Frage, von deren Entscheidung die Zukunft des Staats abhängt, brachten sie ihre kläglichen Parteistreitigkeiten hinein.

Wincke hatte im Zorn über die königliche Antwort eine ziemlich scharfe Adresse beantragt; es wurde in Folge dessen eine Commission niedergesetzt, in welcher v. Kirchmann eine zweite, etwas schärfere Adresse, die aber im Wesentlichen auf dasselbe lossteuerte, in Vorschlag brachte. Die Commission konnte sich so wenig einigen, daß beide Adressen verworfen wurden: ein trübseliges Vorspiel zu der noch trübseligeren Entscheidung der Kammer selbst.

Durch die Circulardepesche an die deutschen Regierungen war die Sache in ein neues Stadium getreten. Preußen hatte dadurch diesen Regierungen gegenüber Verpflichtungen übernommen, denen sich auch ein neues Ministerium nicht

entziehen konnte. In Folge dessen schlug Vincke eine motivirte Tagesordnung vor, die ein entschiedenes Mißtrauensvotum gegen die Regierung enthielt, im Uebrigen die weitere Beschlußnahme auf die in der Circulardepesche anberaumte Frist vertagte. Der größere Theil der Rechten fiel von ihrem bisherigen Führer ab, doch stimmte eine Anzahl für ihn.

Die äußerste Linke schlug eine motivirte Tagesordnung vor, in welcher gleichfalls dem Ministerium ein Mißtrauensvotum gegeben, außerdem aber noch einiges andere gesagt wurde.

Das linke Centrum wollte gleichfalls dem Ministerium ein Mißtrauensvotum geben, aber nicht in der Form einer motivirten Tagesordnung, sondern in der Form einer Adresse.

Die Rechte schlug einfache Tagesordnung vor, d. h. Billigung der ministeriellen Politik.

Aus dem Eigensinn, mit welchem jede Fraction an der Form ihrer Willensäußerung haftete, ohne im geringsten darauf Rücksicht zu nehmen, daß in materieller Beziehung bei der Majorität der Versammlung Uebereinstimmung herrsche, ging das wunderliche Resultat hervor, daß gar nichts beschlossen wurde, daß zuerst die einfache Tagesordnung, dann die motivirten Tagesordnungen verworfen wurden, und daß zuletzt der Vorschlag einer Adresse gleichfalls durchfiel. Außerdem verfehlte die Versammlung nicht, gerade in dieser Sitzung, auf die ganz Deutschland mit der größten Spannung blickte, das widerwärtige Bild einer gehässigen, eben so boshaften als kleinlichen Zänkerey zu geben. Ueber das Benehmen der Einzelnen im nächsten Briefe.

Neunter Brief.

Kleine Porträts.

1. v. Berg.

Unmittelbar vor dem Ministertische in der zweiten Kammer stehen ein paar isolirte Stühle. Auf einem derselben sitzt der Caplan v. Berg in brüderlicher Eintracht neben dem Oberst v. Griesheim: der tapferste Champion des alten Preussenthums neben dem dreistesten Spötter gegen dasselbe. Es ist drollig, die ironische Höflichkeit zu beobachten, mit der sie einander grüßen. Sie haben in ihrem Wesen manche Aehnlichkeit. Griesheim ist ein starker Mann, mit starkem, jovialisch-martialischem Gesicht und einem Knebelbart, der auch für ihn zu den Märzerungenshaften gehört. Er sitzt, wenn die Redner der Linken eine

ihrer catilinarischen Reden gegen das freiheitsmörderische Ministerium hervorbrausen, mit einer spöttischen Nonchalance da, und steht so aus, als wolle er sagen: Das ist ja doch alles Unsinn! Ein paar Regimente und ich bringe die ganze Wirthschaft in Ordnung! Er hat, während ich in den Kammern anwesend war, nur einmal gesprochen. Einer von der äußersten Linken hatte aus der Bostischen einen angeblichen Circularbefehl des Kriegsministers an sämtliche Offiziere vorgelesen, nach welchem durch die Auslassung eines wesentlichen Zusages es den Anschein gewann, als sollte bei Ausbruch einer Unruhe von Seiten des Militärs ohne Weiteres geschossen werden. Sie können Sich denken, mit welcher Behemung der ehrenwerthe Volksvertreter auf das gesammte preussische Militärsystem losfuhr, und mit welcher Erbitterung er fragte: wie unter so bewandten Umständen unsere süddeutschen Brüder irgend dann denken könnten, sich mit einem so russischen Staatswesen einzulassen! Griesheim stieg ruhig auf die Tribüne, las den betreffenden Erlaß wörtlich vor, und setzte dann hinzu: Wenn unsere süddeutschen Brüder uns auf Veranlassung dieses Erlasses ihre Liebe und Achtung entziehen wollen, so müssen wir uns das gefallen lassen, und stieg unter den obligaten Zischen der Linken herunter.

Die kleine Broschüre, in welcher Oberst Griesheim in den Augusttagen des vorigen Jahres das ganze Selbstgefühl des preussischen Heeres gegen die Frankfurter Centralisationsprojekte und namentlich gegen die Zumuthung, einem österreichischen Erzherzog zu huldigen, herauskehrte, ist Ihnen bekannt. Ich gebe zu, daß darin der altenfränkische Kriegergeist etwas zu sehr ins Detail herausgearbeitet war, und daß namentlich die Schwärmerei selbst für die legitime und mit historischen Erinnerungen überkleidete Nummer der einzelnen Regimente den Gegnern Stoff zu gerechtem Spotte gab, und doch liegt in diesem Selbstgefühl der preussischen Armee ein sittliches Moment, die Armee bleibt immer der Stock, um welchen sich das Rankengewächs unserer liberalen Institutionen zu winden hat. Die Sympathien unserer Brüder gewinnen wir nur durch die Freiheit unserer Organisation, ihre Achtung aber hängt wesentlich von unserer Kraft ab, von dem Schwert, das wir in der Hand tragen. —

Griesheims Nachbar, Herr v. Berg — durch die Kreuzzeitung, welche ihm eine besonders liebevolle Aufmerksamkeit gewidmet hat, ist für ihn die Benennung Bürgerkaplan populär geworden — ist ein noch junger Mann, nicht groß, etwas fett, aber in den Schranken des Anstandes, mit einer Glaze und einem feinen, weiß und rothen Gesicht, ohne allen Bartwuchs, wie es dem Geistlichen ziemt, mit einem sehr übermüthigen, aber doch gutmüthigen Zug um den Mund; er sieht aus, als wäre er in seiner Kindheit gewesen, was man einen recht „unnützen Schlingel“ nennt — a mischievous boy. Der Sitz neben Griesheim ist nur sein Absteigequartier: er ist während der Sitzung in einer beständigen Promenade; bald lächelt er, an irgend eine Wand gelehnt, mit zierlich übereinander geschla-

genen Beinen, den Arm in der Seite, schelmisch dem Redner zu, bald umhastet er sich mit Rodbertus oder Unruh oder einem andern von der Gesellschaft; in jedem Augenblicke ist er irgendwo anders. Auf der Rednerbühne — und er besteigt sie jeden Tag 3—4 mal, wirft er zuerst durch seine goldene Brille einen nachdrücklichen Blick auf die rechte Seite, um ihr anzudeuten, sie möge sich jetzt auf einen tüchtigen Stich gefaßt machen; dann fängt er mit einer an sich schon ironischen Füstelstimme, die trotz ihres Soprans nicht das Schrillende hat, was z. B. den Reden des ehrenwerthen Abgeordneten *Milde* einen so unheimlichen Anstrich gibt, seine Witze anzubringen. Von welcher Art diese Witze sind, können Sie am besten aus einem bestimmten Beispiel sehen. Ich meine die letzte Sitzung, auf die ich schon in meinem letzten Brief zu sprechen kam.

Bodenschwingh, der wegen der fortdauernden gehässigen Angriffe auf seine Verwaltung und seine Person sich in einer beständig gereizten Stimmung befindet, hatte von der „sogenannten“ Berliner Revolution gesprochen. Das hatte die Berliner Deputation, die sich auf ihre Revolution nicht wenig zu Gute thun, in Paris geseht, und man war dem ehemaligen Minister, der jetzt ganz wieder Oberst ist, scharf zu Leibe gegangen, man hatte ihn gefragt, warum er denn vor einer bloß scheinbaren Revolution geflohen sei? In seinem militärischen Ehrgefühl verletzt, nahm er jenen Ausdruck wieder auf, und erklärte die „Revolution“ vom 18. März für einen Straßenkampf, der die Hauptstadt und mit ihr das ganze Land entehrt habe. Auf diese Aeußerung folgte einen Moment athemlose, unheimliche Stille, dann ein wahrhaft infernalisches Geheul von der Linken, die in Masse auf die Tribüne zustürzte, um den Reactionär hinunterzutreiben; man schrie von allen Seiten: „Sie entehren die Tribüne!“ *Bodenschwingh*, etwas blaß, aber fest, trat den Angreifern ein Paar Schritte entgegen; *Bismarck-Schönhausen* und *Kleist-Neßow* drängten sich an seine Seite; der Sturm wurde so groß, daß der Vicepräsident die Sitzung aufheben mußte. Als nach dem Wiederbeginn der Sitzung *Bodenschwingh* von Neuem das Wort erhielt, um seine persönliche Bemerkung fortzusetzen, verließ die ganze Linke mit großem Geräusch den Saal, und nur *Behrends* blieb, um den Redner zu controlliren, und wiederholte, nachdem derselbe fertig war, die Erklärung, derselbe habe durch jene Bemerkung die Tribüne entehrt, welche ein Kind der Revolution sei. Der Präsident rief ihn für diese Aeußerung zur Ordnung, und wie trat *v. Berg* diesem Ordnungsruf entgegen? „Die Geschäftsordnung verbietet natürlich, Personen zu beleidigen; die Tribüne ist aber keine Person, und ich glaube nicht, daß der Abgeordnete *Behrends* diese hat beleidigen können.“ Von dieser Art sind stets die Witze des *Hrn. v. Berg*. Wenn also ein Officier dem andern sagte: Sie entehren die Uniform, die Sie tragen, so wäre das keine Beleidigung, denn die Uniform wäre eine Sache, keine Person. Als ob mit jener Aeußerung die Tribüne hätte beleidigt werden sollen, und nicht vielmehr der Redner!

Ich bezeichnete die Art, wie Herr v. Berg in der Kammer spricht, als wichtig. Sie ist eben daher effectvoll für den Augenblick, aber nicht nachhaltig. Man wird zu sehr amüsert, als daß man ihm ernsthafte Aufmerksamkeit schenken möchte. Er hat allerdings Momente, wo er die Maske der ernststen, tragischen Muse vor das Gesicht nimmt, und auch in dieser ist er brillant. Aber man ist zu sehr an seinen gewöhnlichen Ton gewöhnt, als daß man nicht davon überrascht werden sollte; man hört ihm mit einer gewissen Verwunderung zu, und erwartet jeden Augenblick, er werde durch einen burlesken Einfall oder auch nur ein sardonisches Lächeln sich über die Andacht moquieren, die seine bloße Maske hervorgerufen hat. Sophist bleibt er auch, wenn er ernst scheint. Ein Beispiel. In Vincke's Tagesordnung in der letzten Session war die Politik des gegenwärtigen Gouvernements als verderblich für den Staat bezeichnet, dagegen die Rechtsverbindlichkeit seiner Schritte nicht nur für dieses, sondern für jedes folgende Ministerium ausgesprochen. Herr v. Berg sagte nun: wozu sollen wir durch ein solches Mißtrauensvotum einen Ministerwechsel hervorrufen, der — einerseits wahrscheinlich nicht erfolgen wird, da die gegenwärtigen Minister an dergleichen schon gewöhnt sind, und der außerdem nur die Personen, nicht die Grundsätze betreffen würde. Die Verwechslung zweier Begriffe war auch hier evident. Wenn man die Rechtsverbindlichkeit einer bestimmten Thatsache anerkennt, so bindet man sich damit keineswegs an die Grundsätze, aus denen jene Thatsache entsprang. Das liberale Ministerium würde, obgleich es dieses eine fait accompli hinnimmt, in entgegengesetztem Sinn verfahren als das von ihm gestürzte. Freilich hat Berg auf diese Antwort nur gewartet; er würde, nicht mit Gegen Gründen, aber mit einer beißenden Anspielung auf den Ehrgeiz des Herrn v. Vincke, der die Situation nur benützt, um sich ans Ruder zu bringen, replicirt haben.

Diese Rivalität mit Vincke hat etwas überaus Komisches. Sie sehen aus wie ein Paar Kampfhähne, die auf verschiedenen Universitäten ihren Ruf begründet haben, und die nun jede Gelegenheit sich mit einander zu messen, bei den Haaren herbeiziehn. Es ist zwischen beiden eine gewisse Ähnlichkeit, auch Vincke ist jeden Augenblick allzu bereit, mit passenden oder unpassenden Wizen, mit schlagenden Gründen oder mit Sophismen, wie es gerade fällt, in die Debatte einzugreifen; aber bei Vincke überwiegt doch das Positive, die Gesinnung, das Princip; wenn er sich aus seiner unbequemen Lage des Conservirens einmal erhebt, so ist sein Angriff gewaltiger und furchtbarer als der von Seiten der specifischen Opposition. In dem Genre des Parteigängerkrieges ist ihm Berg an Eleganz und Gewandtheit bei Weitem überlegen. Bei ihm sieht dieses Spiel zierlich aus, Vincke's Constitution ist zu robust, die Plänkelei will ihm nicht recht passen.

Die fortwährenden kleinlichen Reibungen zwischen beiden haben etwas Widerliches. Ich spreche Vincke gar nicht von aller Schuld frei; er ist gröber, wenn auch der Gegner boshafter ist. Beide sind hinlänglich persönlich, beide renommierten,

beide vergessen zu Zeiten über der Gier des unmittelbaren Kampfs den Ernst der Sache. In der deutschen Frage ist die Kammer dadurch um einen großen Tag gebracht worden.

Berg's politische Stellung genauer zu charakterisiren, würde schwer fallen; er ist wie ein Mal, der jeden Augenblick entschlüpft. Am Ende der vorigen Constituante meinte er, in der neuen Versammlung werde er auf die Rechte gedrängt werden. Diese Vermuthung hat ihn freilich getäuscht, weil die Kammer unerwartet conservativ ausgefallen ist, aber an sich ist die Sache richtig. Es ist ihm zwar bequem, in der Opposition zu sitzen, weil die Stellung eines Kritikers den Witz leichter macht, als die produktive Thätigkeit, aber er ist nicht der Mann, mit den Demokraten zu fraternisiren. Seine Demokratie ist mehr jugendlich aristokratischer Uebermuth. Er wird vielleicht bald genug Gelegenheit finden, mit den Levellers eine Lanze zu brechen, um deren Gunst er jetzt buhlt, weil er sie zu leiten glaubt. Er täuscht sich darin; im gemeinsamen Kampf fällt überall demjenigen die Beute zu, welcher ein bestimmtes Princip festhält. Das sogenannte linke Centrum wird von der Linken ausgebeutet, mit der es vorläufig durch die fatalen Erinnerungen des vergangenen Jahres verknüpft ist.

Welcher Partei er aber auch angehören mag, Berg wird immer ein gefährlicher Gegner sein. Immer schlagfertig, immer mit einem Witz bei der Hand, wo die Gründe ausgehn, ohne Spur von Furcht oder einer sonstigen Scheu. Man kann wohl ohne viel zu wagen, die Vermuthung aussprechen, daß ihm in der Welt nicht viel heilig ist.

Keiner von der Partei hat so viel Anerkennung gefunden — sogar der alte Graf Renard brach einmal in eine ziemlich unmotivirte Bewunderung seines Gegners aus — keiner ist auch so viel angefochten. Die Kreuzzeitung widmet ihm einen großen Theil ihrer Berliner Beobachtungen. Heute begegnet ihm einer der Bummeler, die an ihr arbeiten, mit aufgeschlagenem Rodfragen, sogleich wird die Vermuthung ausgesprochen, er fürchte sich vor einem Nebenbuhler. Aber auch die weniger besangene Chronique scandaleuse der Hauptstadt weiß die wunderbarsten Geschichten von ihm zu erzählen. Es war die Rede von einem Stück, das auf dem Friedrich-Wilhelmstädtischen Casino aufgeführt werden sollte: „Der galante Abbé und die Emancipirte,“ verfaßt von einer berühmten Freiheitsfängerin, die sich in dem Schleswig-Holsteinischen Feldzuge auch als Amazone ausgezeichnet hatte. Diese Dame, die viele der Koryphäen der Linken um sich sammelte, sollte theils wegen geschäftlicher Differenzen, theils aus Zorn darüber, daß Herr v. Berg eine starke Schwenkung nach rechts machte, ihn der Publicität haben übergeben wollen, und nur durch die Vorstellung mehrerer Demokraten, man solle doch ein so bedeutendes Talent nicht ohne Weiteres vor den Kopf stoßen, daran verhindert sein. Bei der Ungenirtheit, mit der man in diesen Volkstheatern mit den öffentlichen Charakteren Berlins umspringt, ist die Geschichte wohl glaublich, und daß

sich Herr v. Berg zu Zeiten mit Grazie in anmuthigen Verhältnissen bewegen mag, läßt sich auch erwarten. Jedenfalls ist Mirabeau deshalb kein schlechterer Politiker gewesen, weil er dem Cultus des Schönen seine Opfer nicht entzog.

Politische Broschüren.

1. Neue Briefe des Junius. 1. Heft. Königsberg, Samter.

Auf diese Weise zum Vergleich mit einem großen Schriftsteller herauszufordern, ist mißlich, um so mehr, wenn man an das „Näuspern und Spucken“ desselben zu sehr erinnert wird. So ist es zu drollig, nachdem in der neuen Königsberger Zeitung zwei Briefe mit der Unterschrift Junius gestanden haben, der eine an die preussische Nationalversammlung, der andere an den Abgeordneten Tamnau, gleich darauf folgenden Brief an den Drucker der N. K. Z. zu lesen: „Mein Herr! Ich bin fest überzeugt, daß es mein böser Genius war, der mich auf den Gedanken gebracht hat, jemals die Feder zu ergreifen. Alle Welt wird mich hasen und vorgeben, daß sie mich verachte; die bleiche Tugend wird mich meiden, und das schwarze Laster sich vor mir zurückziehen, um durch meine Berührung nicht noch schwärzer zu werden. Alle Leute, die man unter meiner Maske verborgen glaubt, werden bethauernd ihre Hand aufs Herz legen, und feierlich erklären, daß sie weder dieser Mensch seien, noch ihn kennen. Der Zustand, mein Herr, mit dem ich die Welt bedrohe, ist unerträglich. Jedenfalls werde ich, wenn ich nicht fortan schweige, den Umsturz alles Bestehenden herbeiführen u. s. w.“ Etwas weniger Suffisance, etwas weniger Reminiscenz und etwas mehr Inhalt würde den Briefen vortheilhaft gewesen sein. Als Verfasser derselben wird uns übrigens aus ziemlich zuverlässiger Quelle Dr. Ferdinand Falkson angegeben, der in der vormärzlichen Zeit durch seine Heirath mit einer Christin und den daraus hervorgegangenen Conflict mit der Staatsgewalt eine principielle Frage in Anregung brachte. — Der Parteistandpunkt der Briefe ist der demokratische; aber schon die elegante, beinahe etwas gezierte Form, in der sie gehalten sind, verräth ihren Unterschied von dem Cynismus der gewöhnlichen Demokratie. Ueberhaupt hat die demokratische Partei in den alten Provinzen, namentlich Preußen und Pommern, eine wesentlich andere Bedeutung, als die Berliner, Rheinische oder Süddeutsche. Das alte Preußen ist darin noch zu stark, als daß es nicht einen ebenso natürlichen als berechtigten Gegensatz hervorrufen sollte. Man darf nur die Neue Königsberger Zeitung, das Organ der altpreussischen Demokratie, mit der Dderzeitung vergleichen, um sich diesen Unter-